

Liebe Eltern der Elterninitiative Wedel,

bevor ich Ihre Fragen im Einzelnen beantworte, lassen Sie mich eine **Vorbemerkung** machen:

Für Liberale sind Entscheidungen im Spannungsfeld zwischen Erwerbsarbeit und Erziehungsarbeit zunächst einmal Entscheidungen freier Menschen über ihr individuelles Leben. Damit hat der Staat zunächst einmal nichts zu tun. Jede Familie entscheidet selbst, wie ihre Kinder betreut werden. Diese Entscheidung wird begleitet vom Staat, der den Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz zusichert, wobei wir insbesondere das Schicksal der Alleinerziehenden im Auge haben sollten, die besonderer Förderung bedürfen. Bei allen Betrachtungen sollten immer das Wohl des Kindes und die hohe Qualität der Betreuung im Mittelpunkt stehen.

Und jetzt in der von Ihnen vorgeschlagenen Systematik unsere Antworten auf Ihre Fragen:

1A) Der Ausbau weiterer Kitaplätze, insbesondere der Krippenplätze, ist dringend notwendig. Die Nachfrage übersteigt das derzeitige Angebot. Zusätzlich werden in Wedel zwei weitere Angebote realisiert werden: Die Katholische Kirche wird in der Feldstraße einen neuen Kindergarten bauen. Und die Stadt plant in Wedel Nord noch vor Baubeginn der Wohnungen eine weitere Kita im Nordosten des Planungsgebiets. Was wir aber auch dringend benötigen, sind zusätzliche Plätze für die Tagesmütter, die besonders flexible Betreuungszeiten anbieten können. Auch da will die Politik der Familienbildung helfen.

1B) Eine signifikante, also erhebliche Senkung der Elternbeiträge kann die Stadt allein den Eltern nicht versprechen, so sehr wir uns das alle wünschen. Da ist das Land im Zusammenwirken mit dem Bund gefordert. Trotz Zuschüssen und viel zu hohen Elternbeiträgen beträgt das Defizit der Stadt für die Kindertagesstätten 6,5 Millionen EUR und das mit jährlich steigenden Kosten. Die Jamaikakoalition im Land Schleswig-Holstein plant für 2019/2020 ein neues Gesetz zur Kita-Finanzierung und zur Verbesserung der Qualität sowie eine neue Gebührenordnung. Die Elternbeiträge sollen dann auf einem niedrigeren Niveau gedeckelt werden, langfristig sollen alle Kitas gebührenfrei sein. Wir hier in Wedel hoffen sehr, dass sich die FDP im Land mit ihrem Vorschlag durchsetzen wird: 200 EUR für den Krippen- und 150 EUR für den Elementarplatz. Die Stadt erhält in diesem und in den folgenden Jahren bis zur neuen Regelung Gelder vom Land als Zuschuss zu ihren hohen Kitakosten. Die FDP hat beantragt, diese Gelder nicht in den Haushalt zu überführen, sondern – in welcher Form auch immer – den Eltern zukommen zu lassen. Und noch ein Hinweis: Viele Eltern zahlen nicht den Höchstbeitrag, sondern können über eine großzügige Sozialstaffel ihre Kosten mindern. Diese verbesserte Sozialstaffel wird auch durch die FDP im Kreistag unterstützt.

2A) Die Verwaltung wird den Bedarf und die Kosten hierfür ermitteln.

2B) Vielleicht reichen die zusätzlichen Gelder des Landes – siehe Antwort 1 B) – aus, die 9. Stunde kostenfrei anzubieten. Dafür werden wir uns dann einsetzen.

3A) Die Notwendigkeit, Früh- und Spätdienste auch für Grundschulkinder anzubieten, wird durch Befragung der Eltern festgestellt.

Wenn ausreichender Bedarf besteht, würden wir uns für ein verstärktes Angebot einsetzen. Dann jedoch entstehen für die Eltern höhere Kosten, und das entsprechende Personal muss auch erst noch gefunden werden.

3B) Wir können uns eine verbesserte Geschwisterermäßigung in der Schulkindbetreuung verbunden mit der richtigen Geburtenreihenfolge vorstellen. Die Verwaltung ist aufgefordert, die entsprechenden Kosten zu ermitteln, damit die Politik entscheiden kann.

4A) Der gravierende Fachkräftemangel ist nicht nur in Wedel, sondern bundesweit ein Problem. Der vom Kreis vorgegebene Personalschlüssel muss verbessert werden, z.B. werden bei der Bemessung pro Fachkraft nur 5 Krankheitstage zugrunde gelegt, dies muss auf realistische 16 Tage aufgestockt werden. Die FDP setzt sich für eine bessere Bezahlung analog zu den Grundschullehrern ein. Das bedeutet allerdings wiederum höhere Kosten.

4B) Was sollen das für Maßnahmen sein, wenn Hamburg selbst händeringend neues Personal sucht? Wir sollten jedoch versuchen, mit Hamburg zu einer partnerschaftlichen Lösung zu kommen.

4C) Da die bürokratischen Hürden bei den Trägern mit ihren unterschiedlichen Konzepten selbst liegen, hat die Politik wenig Einflussmöglichkeiten. Sie kann dies jedoch in den Kitakuratorien thematisieren.

5A und 5B) Die FDP wird sich nicht für die Schaffung eines Elternbeirates im gewünschten Sinne einsetzen. Nicht, weil Eltern keine gesellschaftlich relevante Gruppe wären, das sind sie sehr wohl, wie übrigens alle Eltern, die sich um die Welt kümmern, in der ihre Kinder groß werden. Die Elterninitiative repräsentiert – nach unserer Kenntnis – nur einen kleinen Ausschnitt der Eltern mit Kindern in Kitas und Grundschulen. Schon deshalb kommt ein „Elternbeirat im BKS-Ausschuss“ für uns nicht infrage. Auch der Vergleich mit dem Jugend- und dem Umweltbeirat oder den Senioren ginge fehl, da es sich bei der Arbeit mit den vorhandenen Beiräten um die Erledigung von Querschnittsaufgaben in **allen** Ausschüssen handelt und nicht nur in einem. Im Übrigen wissen wir, dass in den Parteien junge Eltern aktiv die Kommunalpolitik mit bestimmen.

Wir kennen die direkten Ansprechpartner Ihrer Initiative, weil wir sie schon zu Gast in unserer Fraktion hatten. Diese Form, miteinander ins Gespräch zu kommen, möchten wir gern beibehalten. Wir werden auch künftig Ihren Rat suchen und Probleme, die Sie betreffen, vor anstehenden Entscheidungen gern mit Ihnen erörtern. Wir sind jederzeit für Sie ansprechbar.

6A) Wir haben eine sehr klare Meinung zur Inklusion: Solange dieser im Grundsatz so wertvolle Gedanke gleichberechtigter Teilhabe nicht mit genügend Fachpersonal ausgestattet wird, ist die Inklusion zum Scheitern verurteilt. Das ausreichende Personal muss selbstverständlich – analog zu den Lehrkräften – vom Land bezahlt werden. Wir bedauern die vorzeitige Schließung der Förderschulen im Land. Dies hätte man erst tun dürfen, wenn die genannte Voraussetzung erfüllt ist. Die Inklusionskinder erhalten zurzeit pro Woche viel zu wenig Förderung. So bleibt der gute Gedanke der Inklusion vorerst eine Idee aus dem Elfenbeinturm und kann so nicht gelingen.

6B) Siehe Antwort zu 6A) – Vielleicht dürfen wir bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen:

Es waren Anträge der FDP, die dafür gesorgt haben, dass es in den Kitas Sozialpädagogen und in den Schulen Schulsozialarbeit gibt. Das war seinerzeit unsere Antwort auf gravierende gesellschaftliche Veränderungen.

7A) Jörg-Balack-Weg: Es gibt einen Antrag der FDP auf Pflasterung des Teilstücks vom Caudry Platz bis zur Riststraße, der im UBF am 19. April 2018 behandelt wird. Auch die Bodenbeläge anderer Schulwege z.B. des Auweidenwegs müssen von der Stadt geprüft werden. Wegen der wenig bis gar nicht vorhandenen Beleuchtung werden wir die zuständigen Stadtwerke in Ihrem Sinne ansprechen.

### **Schlussbemerkung**

Liebe Eltern, wir haben uns Mühe gegeben, Ihre umfangreichen Fragen für Sie hoffentlich ausreichend zu beantworten. Sie stellen uns Ihre Fragen im Zeichen des Wahlkampfes. Unsere Antworten werden Sie sicher nicht in allen Teilen befriedigen. Sie sind eben nicht dem Wahlkampfgetöse und der häufig damit verbundenen Anbiederung geschuldet, sondern entsprechen unserer Überzeugung.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Renate Koschorrek  
Fraktionsvorsitzende der FDP